

Schattenseiten im Reich der Mitte

Sauyragul Sauytbay war einst chinesische Staatsbeamtin. Dann wurde die Uigurin in ein Straflager zwangsversetzt. Im Exil ist sie nun eine laute Stimme gegen Pekings Repressionssystem

Von Michael Bothner

Herzprobleme hätten Sauyragul Sauytbay davon abgehalten, wie geplant mit auf Lesetour durch die Oberpfalz zu kommen. Sie sei aber via Zoom zugeschaltet, erklärt die Journalistin Alexandra Cavellius. Sieben Jahre liegen zwischen diesem Abend im Dezember in Regensburg und jener Zeit, in der Sauytbay in ein chinesisches Internierungslager kam. Seitdem sei sie krank, sagt Cavellius. Sauytbay war Staatsbeamtin, wurde zur Whistleblowerin. In China droht ihr die Todesstrafe.

Sauytbays Geschichte beginnt 1977. Als Kind einer uigurischen Familie wuchs sie in einem autonomen kasachischen Bezirk in der chinesischen Westprovinz Xinjiang auf. Sauytbay wurde Ärztin, später Bildungsdirektorin und Leiterin mehrerer Vorschulen. Sie war Mitglied der Kommunistischen Partei.

Dass sie heute als Menschenrechtsaktivistin den langen Arm Pekings fürchten muss, hat damit zu tun, dass Sauytbay mit ihrer Familie nach Schweden floh und als erste chinesische Staatsbeamtin umfangreich aufdeckte, mit welcher Gewalt China insbesondere gegen die uigurische Bevölkerung vorgeht.

Zeugin eines Systems aus Folter und Gehirnwäsche

Als Sauytbay mit ihrer Familie nach Kasachstan auswandern wollte, versetzten die Behörden sie Ende 2017 in ein Internierungslager in Xinjiang, wo sie Häftlingen Chinesisch beibringen musste. Es ist eines jener Lager, die China versucht hat, vor der Weltöffentlichkeit zu verbergen. Sauytbay gilt als Kronzeugin eines Systems aus Zwangsarbeit, Folter, Vergewaltigung und Gehirnwäsche. In Regensburg erzählt sie via Zoom, sie habe im Lager einmal eine 80-Jährige umarmt. Der Frau seien zur Strafe die Fingernägel gezogen worden.

Im April 2018 floh Sauytbay mit gefälschten Papieren nach Kasachstan. Sie wurde festgenommen. Im Prozess enthüllte sie die Misshandlungen in den Lagern, was internationale Aufmerksamkeit erregte – und eine Auslieferung an China letztlich verhindern sollte.

2019 bekam Sauytbay in Schweden politisches Asyl. Zusammen mit Cavellius hat sie dann zu den Lagern recherchiert und mit Zeugen gesprochen. Es entstanden Bücher wie „China-Protokolle“. China begehe an den Uiguren einen Genozid. „In einem langfristig angelegten Plan verfolgt die Kommunistische Partei



Die chinesische Whistleblowerin Sauyragul Sauytbay hat 2021 den Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreis erhalten. Die Uigurin stehe „exemplarisch für das Schicksal ethnoreligiöser Minderheiten in China“, erklärte Nürnbergs Oberbürgermeister damals.

Foto: Us Gov-Secretary Of State Photo/dpa

Chinas eine Politik der kulturellen Assimilierung“, hatte Sauytbay 2020 als Sachverständige gegenüber Bundestagsabgeordneten erklärt. China wolle die Sprache, die Identität, die Kultur der Uiguren mit aller Macht ausmerzen. Dazu finde seit 2014 eine immer striktere Verfolgung und Umerziehung der ethnisch-religiösen Minderheit statt. Ein riesiges Überwachungssystem und ein Netz von Straflagern wurden dazu aufgebaut. „Die Menschen sollen ihre Identität aufgeben und zu willigen chinesischen Staatsdienern werden“, sagt Sauytbay.

Schätzungsweise drei Millionen Menschen sollen inhaftiert sein. Als Vorwand dient laut Cavellius oft die angebliche Terrorismusbekämpfung. Tatsächlich reiche schon ein

US-Song auf dem USB-Stick oder ein Teppich aus dem Ausland in der Wohnung. Da sei die Regierung erfinderisch. In Bezug auf andere Turkvölker und auch auf Tibet könne man ähnliche Entwicklungen beobachten. Überall sei es ein „Leben in Angst und Rechtlosigkeit. Es ist die Hölle“, sagt Cavellius.

Zerstörung religiöser Stätten und Friedhöfe

In ihrer Jugend habe es in Xinjiang noch keine Han-Chinesen gegeben, sagt Sauytbay. Schließlich seien sie gezielt angesiedelt und Zwangsehen angeordnet worden. Han-Chinesen machen 92 Prozent der chinesischen Gesamtbevölkerung aus. Auch Zwangssterilisation

von Uiguren seien inzwischen an der Tagesordnung. Kinder würden in Schulen indoktriniert werden. Cavellius zeigt auf der Lesetour Videos uigurischer Kinder. Deren Traum: China einmal als Teil der Volksarmee verteidigen. Währenddessen würden religiöse Stätten und Friedhöfe zerstört.

Als es zu Aufständen der Uiguren kam, wie 2009 in Ürümqi, wurde mit aller Härte reagiert. Der Westen sei in seinem Umgang mit China zu naiv, kritisieren Sauytbay und Cavellius. Es brauche mehr Druck. 2023 hat die Bundesregierung eine China-Strategie verabschiedet. Diese stellt den Versuch dar, im Umgang mit China als wichtigem Partner – etwa beim Klimaschutz –, Wettbewerber und systematischem

Rivalen“ Leitlinien zu entwickeln. Die Strategie sei zu unkonkret und nicht scharf genug, heißt es aber etwa aus der Wirtschaft. Menschenrechtsorganisationen kritisieren eine Priorisierung wirtschaftlicher Interessen. Laut Medienberichten setzen sie die Ministerien zudem unterschiedlich um. Immerhin: Chinas Umgang mit den Uiguren treibt die Politik um. Aus dem Auswärtigen Amt heißt es auf Nachfrage, die Menschenrechtslage in China sei besorgniserregend – insbesondere in Xinjiang. Peking verfolge eine „Politik der Sinisierung“, ziele also auf die Dominanz der (Han-)chinesischen Kultur und Bevölkerung – zulasten der nicht-Han-chinesischen Völker in China. Das Auswärtige Amt verweist zudem auf den Bericht der ehemaligen Hochkommissarin für Menschenrechte.

Kritik an Ausbau der Handelsbeziehungen

Auf 50 Seiten untermauerte Michelle Bachelet im Sommer 2022 all das, was Menschenrechtsaktivisten, Whistleblower wie Sauytbay und geleakte Dokumente seit Jahren anprangerten: China begehe in Xinjiang „schwere Menschenrechtsverletzungen“ auf Grundlage „hochproblematischer“ Anti-Terrorismus-Gesetze. Die willkürlichen und diskriminierenden Verhaftungen von Uiguren und Angehörigen anderer muslimischer Gruppen könne „insbesondere ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ darstellen.

Die Handelsbeziehungen werden trotzdem weiter ausgebaut, prangert Sauytbay an. Vor allem deutsche Autobauer verdienten prächtig, indem sie in China produzieren. Immerhin hat VW kürzlich sein Werk in Xinjiang verkauft. Immer wieder gab es den Vorwurf, Volkswagen profitiere dort von uigurischen Zwangsarbeitern. Cavellius stellt aber fest: „Der Verkauf war rein wirtschaftlich begründet.“ Die Menschenrechtslage vor Ort spielte keine Rolle. VW hat seine Partnerschaft mit einem Unternehmen vor Ort sogar bis 2040 verlängert. So bleibe Zwangsarbeit weiter Alltag für Millionen Uiguren.

Unterdessen verfolge China mit der „neuen Seidenstraße“, die direkt durch Xinjiang führt, nicht nur ein Handelsprojekt. Die Seidenstraße, die bereits bis ins Herz Europas reiche, sei für China von geostrategischer Bedeutung und schaffe Abhängigkeiten, sagt Cavellius. Es sei Ausgangspunkt einer Neuordnung der globalen Kräfteverhältnisse – zugunsten Chinas. Und auf Kosten der Uiguren.

China gibt Anlass zur Sorge

China sollte aus mehreren Gründen auch im kommenden Jahr nicht aus dem Blick geraten:

Problematische Verbündete: Es kann derzeit keine Rede davon sein, dass China zunehmend die Nähe zum Westen sucht. Verbündete sind vielmehr andere: Immer enger kooperiert Peking mit Russland, mit Nordkorea sowie dem Iran. Auf internationaler Bühne gibt sich die Volksrepublik als Vermittler. Regelmäßig ruft Peking etwa zur Deeskalation im Ukraine-Krieg auf und will den Konflikt nach eigener Darstellung politisch lösen. Dabei ist Peking der wichtigste Rückhalt Moskaus und verurteilte Russlands Vorgehen im Nachbarland bis heute nicht. „Chinas anhaltende Unterstützung für Russland stellt eine indirekte Bedrohung für die Sicherheit Europas dar“, sagt China-Analyst Alexander Brown vom Institut Merics in Berlin.

Schwierige Handelsbeziehungen: Deutschland und der Rest der Europäischen Union sowie die USA sind wirtschaftlich eng mit China als zweitstärkste Volkswirtschaft verbunden. Zwischen der EU und China schwelt jedoch ein Handelskonflikt: Die EU wirft Peking Wettbewerbsverzerrung durch Subventionen vor und beschloss im Oktober Extrazölle auf chinesische Elektroautos. China prüft Gegenmaßnahmen, von denen auch deutsche Autobauer betroffen sein könnten. Und am Horizont zieht bereits der nächste Handelskonflikt auf: Der künftige US-Präsident Donald Trump kündigte Ende November China-Zölle an.

Scott Kennedy von der US-Denkfabrik Center for Strategic and International Studies nimmt an, dass die neue US-Regierung die amerikanische Wirtschaft von der chinesischen entkoppeln will – auch, um die Volksrepublik zu schwächen.

Derart einschneidende Maßnahmen würden nicht nur US-Verbraucher in Form von höheren Preisen an der Kasse zu spüren bekommen: Alle denkbaren Produkte von Hightech-Produkten bis Salatschleudern wären betroffen. Das Handelsverhältnis der beiden größten Volkswirtschaften wäre empfindlich gestört und würde auch der Weltwirtschaft schaden.

Sollte China aufgrund hoher US-Zölle Verluste im Handel mit den USA hinnehmen müssen, könnte das wiederum Auswirkungen auf die EU haben, erklärt Mercis-China-Analyst Brown. Peking könnte in dem Fall versuchen, billige chinesische Produkte verstärkt auf dem europäischen Markt abzusetzen.

Die chinesische Wirtschaft: Chinas Wirtschaft schwächelt wie lange nicht – und es ist unklar, wie die Führung die Trendwende schaffen will. Der Immobiliensektor steckt in

der Krise, es herrscht Konsumflaute, was auch internationale Unternehmen auf dem chinesischen Markt zu spüren bekommen. Als wäre der Wettbewerb mit den chinesischen Konkurrenten nicht schon groß genug, geraten dadurch auch deutsche Konzerne auf ihrem Schlüsselmarkt weiter unter Druck.

Die Taiwan-Frage: Die Inselrepublik Taiwan ist nur durch eine Meerenge von China getrennt. Seit Jahrzehnten hat sie eine demokratische Regierung. China aber zählt Taiwan zu seinem Gebiet und will Taiwan an China binden. Im Westen gibt es Befürchtungen, dass Chinas Armee in Taiwan einmarschieren könnte – schließlich gibt es immer wieder Drohungen in diese Richtung. Die USA haben Taiwan für einen solchen Fall militärischen Beistand versprochen und beliefern die Republik mit Waffen, auch wenn sie sie nicht offiziell anerkennen. Es ist

jedoch möglich, dass die USA unter Trump einen neuen Kurs fahren – der Republikaner verlangte im Wahlkampf von Taiwan Bezahlung für den US-Schutz. Doch die Taiwan-Frage dürfte auch weiter schwer auf dem Verhältnis zwischen Peking und Washington lasten.

Alarmierende Menschenrechtslage: Menschenrechtsorganisationen werfen der chinesischen Regierung vor, trotz scharfer internationaler Kritik ihre missbräuchlichen Maßnahmen gegen Uiguren und andere turkstämmige Muslime in der westchinesischen Region Xinjiang fortzusetzen. Auch in Tibet halten die Repressionen an. Die Einschränkung der Meinungsfreiheit durch staatliche Zensur gehört ebenfalls zu den Themen, bei denen China anhaltend in der Kritik steht. In Hongkong werden sich Prozesse gegen prominente Demokratie-Aktivistinnen fortsetzen. (dpa)